

7-Punkte-Plan gegen Kinderarmut

Menschlichkeit siegt. **SPÖ**

Wenn du sie wählst.

#gemeinsam | spoe.at

Allen Kindern alle Chancen: Der 7-Punkte-Plan der SPÖ gegen Kinderarmut

Jedes fünfte Kind in Österreich ist von Armut betroffen. Sie sind die chronisch Kranken von morgen, mit schlechter Ausbildung und oft ohne Job. Zum Schulstart, wenn eine neue Schultasche und andere Kosten anfallen, wissen viele Eltern nicht mehr weiter. In einem reichen Land wie Österreich darf es Kinderarmut nicht geben. Die SPÖ will Kinderarmut abschaffen und legt dazu einen 7-Punkte-Plan vor. Zentral ist darin der Rechtsanspruch auf einen ganztägigen kostenlosen Kindergarten- und Schulplatz. In Schulen soll es für alle Kinder gesundes und kostenloses Mittagessen sowie die tägliche Turnstunde geben. Die SPÖ fordert genügend Therapieplätze für Kinder in den Bereichen Logopädie, Ergotherapie und Psychotherapie. Die Kosten dafür sollen die Krankenkassen übernehmen. Die SPÖ fordert außerdem eine Rücknahme der Kürzungen der Mindestsicherung und die Einführung der Unterhaltsgarantie. Außerdem soll das Schulstartgeld auf 200 Euro erhöht werden.

Pamela Rendi-Wagner:

„Ich will allen Kindern alle Chancen auf ein geglücktes Leben geben.“

Pamela Rendi-Wagner, SPÖ-Bundespartei-vorsitzende und Spitzenkandidatin:

„Ich will allen Kindern alle Chancen auf ein geglücktes Leben geben. Jedes Kind, das in Armut lebt, wird um diese Chancen beraubt. Kinderarmut ist eine Schande, die in einem reichen Land wie Österreich keinen Platz haben darf. Kinder sollen lachen, träumen und ihnen sollen alle Türen offenstehen. Ihre Träume sind unsere Verpflichtung.“

Armut ist in Österreich erblich. Wer als Kind armer Eltern aufwächst, wird ziemlich sicher schlechter in der Schule sein, wird es mit geringer Wahrscheinlichkeit auf die Uni schaffen. Denn Bildung wird immer noch vererbt. Die Chancen auf eine gute Ausbildung, einen sicheren Arbeitsplatz sinken, das Risiko, arbeitslos zu werden, steigt. Arme oder armutsgefährdete Kinder sind auch gesundheitlich benachteiligt. Die armen Kinder von heute sind die chronisch kranken Erwachsenen von morgen.

Und wie ist der Alltag vieler dieser Kinder? Sie stehen mit leeren Händen auf einer Geburtstagsparty, weil kein Geld für ein Geschenk da ist. Und am Schulanfang wissen die Eltern nicht, wie sie die Sachen für den Schulbeginn zahlen sollen. Es gibt auch Kinder, die nach der Schule nicht spielen können, sondern daheim Angehörige pflegen müssen. 40.000 Kinder und Jugendliche sind es in Österreich, die ihre Angehörigen pflegen.

All das passiert in einem reichen Land wie Österreich. Das dürfen wir nicht hinnehmen.

Mehr als 300.000 Kinder und Jugendliche sind in Österreich armutsgefährdet. Fast jedes fünfte Kind (19 Prozent) lebt in von Armut betroffenen Familien. Kinder sind die am stärksten unter Armut leidende Bevölkerungsgruppe. Besonders betroffen sind AlleinerzieherInnen und kinderreiche Familien. Fast 40 Prozent der AlleinerzieherInnen sind betroffen. Die Kürzung der Mindestsicherung hat diese Situation zusätzlich verschärft.

Alleine heuer stehen über 45.000 Schulstartpakete bereit, die vom Roten Kreuz in Kooperation mit dem Sozialministerium verteilt werden. Auch der Samariterbund, die Caritas, die Volkshilfe oder die Diakonie helfen zum Schulstart regelmäßig Familien, die sich keine gefüllte Schultasche für ihre Kinder leisten können.

7-Punkte-Plan: So will die SPÖ die Kinderarmut abschaffen

Bildungsoffensive

Armut bedeutet immer einen Mangel an Möglichkeiten: weniger soziale Kontakte und weniger Bildungschancen. Es liegt auf der Hand, dass es für ein Kind eine enorme Belastung ist, nicht mit auf Sprachwochen fahren zu können, weil kein Geld da ist. **Dabei ist gerade Bildung die beste Schutzimpfung gegen Armut.**

1. Rechtsanspruch auf einen ganztägigen kostenfreien Kindergarten- sowie Schulplatz:

Ganztagesbetreuung in der Schule reduziert die Notwendigkeit für Nachhilfe und sorgt außerdem für bessere Integration. Daher braucht es dringend einen Ausbau und Rechtsanspruch auf einen ganztägigen kostenlosen Kinderbetreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr sowie einen Schulplatz in einer ganztägigen Schule.

2. Gesunde Schulen: Gratis gesundes Essen und tägliche Turnstunde

Mit rund 700 Euro pro Jahr ist das Schul-Mittagessen für viele Familien eine finanzielle Belastung. Es kann aber nicht sein, dass Kinder, deren Eltern sich das nicht leisten können, in Österreich mit knurrenden Mägen in der Schule oder zu Hause bei den Hausaufgaben sitzen. Unsere Kinder sollen täglich gesund und gratis essen können. Außerdem hat das Mittagessen eine wichtige soziale Funktion für unsere Kinder in den Schulen, die hilft, soziale Grenzen zu überwinden.

Die Umsetzung der täglichen Bewegungs- und Sporteinheit in allen Kindergärten und Schultypen ist ein wichtiger Beitrag, um Kindern und Jugendlichen Freude und Motivation an Sport und Bewegung zu vermitteln. Sport unterstützt auch beim Lernen, indem die Konzentrationsfähigkeit gesteigert wird. Außerdem ist Sport ein wichtiger Beitrag für die Gesundheit unserer Kinder.

3. Chancenindex: 5.000 LehrerInnen mehr, wo sie am meisten gebraucht werden

Nur 6 von 10 SchülerInnen in der 4. Volksschulklasse können sinnerfassend lesen – Schwierigkeiten haben hier sehr oft Kinder, deren Erstsprache nicht Deutsch ist. Jene, die Hilfe beim Lernen brauchen, bekommen nicht die notwendige Unterstützung. Denn derzeit macht es keinen Unterschied, wo sich eine Schule befindet und mit welchen besonderen Herausforderungen die Schule konfrontiert ist. Damit lassen wir Kinder zurück, gefährden die Integration und verbauen spätere Arbeitsmarktchancen. Wir wollen die Mittel nach dem tatsächlichen Bedarf verteilen. Hier kommt der sogenannte „Chancenindex“ zur Anwendung. Je größer die Probleme an einer Schule, desto mehr LehrerInnen sollen in Zukunft zum Einsatz kommen. Das löst einen Bedarf von ca. 5.000 zusätzlichen LehrerInnen aus, die wir nach diesen Gesichtspunkten in Österreich verteilen wollen.

Investitionen in die Gesundheit unserer Kinder

Arme oder armutsgefährdete Kinder sind auch gesundheitlich benachteiligt.

4. Kostenfreier und ausreichender Zugang zu diagnostischen und therapeutischen Leistungen im Kindes- und Jugendalter

Arme Kinder von heute sind die chronisch kranken Erwachsenen von morgen. Um das zu verhindern und dafür zu sorgen, dass aus gesunden Kindern auch gesunde Erwachsene werden, müssen ausreichend Therapieangebote wie Logopädie, Ergotherapie oder Psychotherapie vorhanden sein. Aktuell müssen Kinder auf Grund der mangelnden Verfügbarkeit ein dreiviertel Jahr bis ein Jahr darauf warten. Ganze Regionen sind derzeit ohne ein Angebot für Kinder im Bereich der Psychotherapie. Schätzungen zufolge fehlen insgesamt etwa 60.000 bis 80.000 kassenfinanzierte Therapieplätze (Psycho-, Physio-, Ergotherapie etc.). Die Konsequenzen sind gravierend: Unbehandelte Entwicklungsverzögerung führt zu Benachteiligungen im späteren Leben. Das ist nie wieder aufholbar. Auch psychische Erkrankungen in der frühen Kindheit beeinträchtigen das Leben eines Kindes nachhaltig. Das trifft einkommensschwache Eltern und ihre Kinder natürlich besonders hart, da sie diese fehlenden Leistungen nicht „zukaufen“ können. Wir fordern daher den flächendeckenden Ausbau des Angebots von Therapieplätzen und die vollständige Kostenübernahme für Kinder durch die Krankenkassen.

Finanzielle Soforthilfe

Nächste Woche ist Schulstart. Kinder in Armut sind in Österreich auf Hilfspakete des Sozialministeriums, des Samariterbunds, der Volkshilfe, Diakonie oder Caritas angewiesen, weil sich ihre Eltern nicht das Nötigste zum Schulstart leisten können. Alleine heuer werden 45.000 Schulstartpakete verteilt.

Wohnen, Nahrung, Kleidung, Bücher, Hausschuhe für die Schule oder Schulhefte – all das muss unabhängig vom Einkommen der Eltern gesichert sein.

5. Kürzung der Mindestsicherung zurücknehmen

Die „Sozialhilfe Neu“ sieht vor, dass es für das zweite Kind künftig nur noch 4,30 Euro pro Tag gibt – ab dem dritten Kind wird der Betrag gar auf 1,50 Euro reduziert. **Damit lässt sich natürlich kein gesundes Essen finanzieren.**

Sogar in Deutschland gibt es mit Hartz IV mehr. So bekommt eine Familie mit einem Kind in Deutschland mit Hartz IV 1.196 Euro, in Österreich jedoch nur 1.077 Euro. Das heißt, dass die Familie in Österreich mit 119 Euro weniger im Monat auskommen muss. Einer Familie mit drei Kindern bleiben in Österreich sogar 425 Euro weniger.

6. Unterhaltsgarantie einführen

Derzeit sind viele Frauen und Kinder auf sich allein gestellt, wenn die Unterhaltszahlung ausbleibt. Die Konsequenz in vielen Fällen: Armut. Die Lösung dafür ist die Einführung der Unterhaltsgarantie, zu der sich im Wahlkampf 2017 alle Parteien bekannt haben. Um die Lücken im österreichischen Unterhaltsrecht zu schließen, wollen wir in einem ersten Schritt eine Unterhaltsgarantie für Kinder einführen, die sich im Familienbeihilfensystem wiederfindet. Damit sollen Kinder, die keinen oder einen sehr geringen Unterhalt bzw. Unterhaltsvorschuss beziehen, abgesichert werden.

7. Eltern die finanziellen Sorgen im Herbst nehmen – Erhöhung des Schulstartgeldes

Eltern geben für den Schulbesuch ihres Kindes im Durchschnitt 855 Euro pro Jahr aus (Kosten für das Mittagessen nicht miteinberechnet), allein zum Schulstart sind es rund 200 Euro. Für viele Eltern ist das eine enorme Belastung. Deshalb wurde 2011 das Schulstartgeld eingeführt – 100 Euro extra zu Schulbeginn. Eine Anpassung an die Teuerung gab es seither nicht. Deshalb soll das Schulstartgeld von 100 Euro auf 200 Euro angehoben werden. Es kann nicht sein, dass ein Kind auf Spendengelder von Hilfsorganisationen angewiesen ist, damit es in Österreich am Schulunterricht teilnehmen kann. Jedes Kind soll einen sorgenfreien Start in der Schule haben.

Unsere Vision: Eine Grundsicherung für Kinder

Jedes fünfte Kind in Österreich lebt heute in von Armut betroffenen Familien. Neben Sofortmaßnahmen braucht es langfristig ein Gesamtkonzept, das insbesondere das Flickwerk bei den finanziellen Familienleistungen neu ordnet und treffsicher macht. Vor allem steht ein Ziel im Vordergrund: Kinderarmut muss der Vergangenheit angehören. Daher wollen wir in der nächsten Legislaturperiode ein Kindergrundsicherungsmodell erarbeiten.